

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 25. Sitzung

am Mittwoch, dem 4. Oktober 2006, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Niclas Herbst (CDU) stellvertretender Vorsitzender
Manfred Ritzek (CDU)
Rolf Fischer (SPD)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)
Hartmut Hamerich (CDU)
Susanne Herold (CDU)
Peter Sönnichsen (CDU)
Hans Müller (SPD)
Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. „Denkpause“ der EU in Schleswig-Holstein aktiv nutzen	4
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/899 (neu)	
Berichterstatlerin: Anke Spoorendonk (SSW)	
2. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2006 -	7
Drucksache 16/550	
Berichterstatter: Dr. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter	
3. Hospitation bei der Kaliningrader Gebietsduma	10
Berichterstatter: Manfred Ritzek (CDU)	
4. Vertretung des Europaausschusses im DialogForumNorden	13
5. Terminplanung für das erste Halbjahr 2007	14
hierzu: Umdruck 16/1168	
6. Verschiedenes	15

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Herbst, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

„Denkpause“ der EU in Schleswig-Holstein aktiv nutzen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/899 (neu)

Berichterstatterin: Anke Spoorendonk (SSW)

Abg. Spoorendonk weist auf ihren Beitrag in der Landtagsdebatte vom 15. September 2006 hin und betont noch einmal die Vorteile der Idee einer Bürgeranhörung. Die englische Zusammenfassung der Bürgeranhörung in Dänemark sei den Ausschussmitgliedern bereits zugegangen. Die Idee einer Bürgeranhörung sorgte auch für eine Bürgerbeteiligung und habe in anderen Zusammenhängen schon gute Ergebnisse gezeigt. Der Antrag des SSW sei auch daraus entstanden, dass bisherige Diskussionen über die Europäische Union häufig Elitediskussionen gewesen seien und man nun die Bürgerinnen und Bürger stärker einbinden wolle.

Sie betont, ihr sei daran gelegen, dass der Antrag auch vom Europaausschuss mitgetragen werde und daher sei man offen für Formulierungsvorschläge.

Zur Finanzierung schlägt sie vor, Mittel der Europäischen Union im Rahmen der Kommunikationsstrategie einzuwerben.

Insgesamt müsse die Debatte vor Ort stattfinden, der Landtag könne Anregungen machen und koordinierend tätig werden.

Abg. Fischer betont, der Antrag sei konsequente und logische Folge der Debatten über die Zukunft der Verfassung. Es gebe also keine Kritik. Er schlägt vor, die Absätze 3 und 4 anders zu formulieren. Aufgabe des Ausschusses könne nicht sein sich um die Planung und Finanzierung der öffentlichen Debatte zu kümmern. Mit diesen neuen Absätzen solle der Dialog nach außen getragen werden. Eine Teilnahme des Ausschusses an den Veranstaltungen sei damit keineswegs ausgeschlossen.

Abg. Spoorendonk betont, der zentrale Aspekt aus Sicht des SSW sei die Weiterentwicklung der Europäischen Union und europäischen Zusammenarbeit. Es solle keine Verkürzung nur auf die Verfassung stattfinden. Der Ausschuss diskutiert weitere Formulierungsvorschläge.

Abg. Matthiessen formuliert einen Änderungsvorschlag, der die Streichung des Punktes 2 e) beinhaltet. Dieser Punkt werfe große Probleme auf.

Abg. Spoorendonk führt aus, die Formulierung sei bewusst gewählt worden, weil man die Diskussion um die Grenzen Europas nicht unterdrücken wolle und diese Frage nicht tabuisiert werden dürfe. Abg. Ritzek und Abg. Herbst pflichten ihr bei.

AL Musiolek führt aus, Herr Dr. Sabathil, der Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, plane für den 25 März 2007, den 50. Jahrestag des Abschlusses der Römischen Verträge, verschiedene Aktivitäten. Bei der Initiative, bei der 50 Städte mitfeiern sollten, seien bisher nur Kiel und Lübeck beteiligt. Das Anliegen der Europäischen Kommission sei aber, dieses Thema auch in die Fläche zu tragen. Zudem solle eine Verbindung zur Europawoche hergestellt werden. Die Finanzierung sei bisher unklar, eine Entnahme aus den Mitteln für die Europawoche sei wenig hilfreich. Am 2. November 2006 werden das Europaministerium und die Europa-Union einladen, um die Europawoche vorzubereiten. Bei dieser Gelegenheit solle auch besprochen, wie der 50. Geburtstag mit einer Zukunftsdebatte verbunden werden könne. In den Kreisen des Bundestages gebe es Überlegungen, den 50. Geburtstag der Europäischen Union auch für Wahlkreisveranstaltungen zu nutzen.

Der Änderungsantrag des Abg. Matthiessen, den Punkt 2 e) des Antrages zu streichen, wird einstimmig abgelehnt der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Antrag in der unten wiedergegebenen, geänderten Fassung zur Annahme.

"Denkpause" der EU in Schleswig-Holstein aktiv nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag nimmt den erneuten Aufschub der endgültigen Entscheidung der Europäischen Union in der Frage der Europäischen Verfassung zum Anlass, in Schleswig-Holstein eine breite Debatte über die Zukunft Europas anzustoßen.
2. Der Schleswig-Holsteinischen Landtag wird die Initiative ergreifen, um gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen, Organisationen und Bildungseinrichtungen vor Ort Diskussionsveranstaltungen und andere Foren zu organisieren, bei denen eine oder

mehrere der folgenden fünf Fragen im Mittelpunkt stehen:

- a) Welchen der grenzüberschreitenden Probleme, vor denen Europa steht, sollte die EU besonderes Gewicht beimessen?
 - b) Welche Probleme in der EU-Zusammenarbeit selbst sind die vordringlichsten?
 - c) Wie sollte die Debatte über die Zukunft Europas und einen möglichen neuen Verfassungsvertrag organisiert werden, um die notwendige Breite, Tiefe und Legitimation zu gewährleisten?
 - d) Wie kann die Bürgerbeteiligung in der EU gestärkt werden?
 - e) Wo verlaufen die Grenzen Europas?
3. Der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird gebeten, einen landesweiten Aufruf zu europapolitischen Veranstaltungen zu den unter zweitens genannten Punkten zu veröffentlichen. Zusammen mit Bildungseinrichtungen und engagierten Organisationen wie zum Beispiel der Europa-Union sollen vor Ort Informationsveranstaltungen und Diskussionsforen durchgeführt werden. Dies schließt auch die Einwerbung von EU-Mitteln ein. Die Verwaltung des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird als Ansprechpartner für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und auch den Ausschuss über die Umsetzung des Aufrufes entsprechend informieren.
- Der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages regt an, zur Europawoche 2007 eine große Bürgeranhörung im Schleswig-Holsteinischen Landtag durchzuführen.
- Der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird sich dafür einsetzen, dass die Diskussion über die unter zweitens genannten Punkte als wichtiger Teil der deutschen Europäischen Ratspräsidentschaft in 2007 einen hohen und öffentlichkeitswirksamen Stellenwert erhält.
4. Nach Abschluss der Debatten werden der Europaausschuss und der Schleswig-Holsteinische Landtag die Ergebnisse der Veranstaltungen zusammenfassen und an die Landesregierung weiterleiten, die sich dann auf Bundesebene und Europäischer Ebene für die Forderungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger des Landes an die Zukunft Europas und der EU einsetzen soll.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2006 -

Drucksache 16/550

(überwiesen am 5. Mai 2006 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse)

Berichtersteller: Dr. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter

Der Landesdatenschutzbeauftragter Dr. Weichert, führt in den Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz ein. Im Tätigkeitsbericht gebe es jetzt auf Anregung des Europaausschusses ein eigenes Kapitel zu europäischen und internationalen Fragen, was sich als sehr sinnvoll erwiesen habe.

Zur Vorratsdatenspeicherung führt Dr. Weichert aus, eine EU-Richtlinie verpflichte alle Mitgliedsstaaten, Telekommunikationsverbindungsdaten über mindestens sechs Monate zu speichern. Diese EU-Richtlinie verstoße nach Überzeugung des OLD gegen Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 10 des Grundgesetzes. Die Datenspeicherung verstoße gegen diese Artikel, weil kein Anfangsverdacht vorliegen müsse. Sie sei zudem nicht notwendig, weil es andere Möglichkeiten der Speicherung von Verbindungsdaten gebe. Es könne zum Beispiel im Verdachtsfall eine kurzfristige Speicherung von Verbindungsdaten bei den Providern stattfinden, die dann den Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Speicherung sei mit großem ökonomischem Aufwand verbunden und stelle, da sie bei den Providern stattfinde, ein erhebliches Risiko dar, da diese Daten unter anderem für Werbezwecke genutzt werden könnten. Ein besonderes Problem ergebe sich durch die Speicherung von Verbindungsdaten von Vertrauenspersonen, wie zum Beispiel Ärzten, Rechtsanwälten, Steuerberatern oder Psychologen. Die Speicherung der Daten von Abgeordneten könne zudem die Unabhängigkeit des Abgeordnetenmandats gefährden. Zu diesem Ergebnis sei auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes (Umdruck 16/620) gekommen.

Zudem halte man das Mittel der Richtlinie für falsch, da die EU keine entsprechenden Kompetenzen habe. Das von Irland bereits eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren werde wahrscheinlich erfolgreich sein.

Als weiteren Punkt spricht Dr. Weichert die statistische Erhebung durch die Europäische Kommission an. Dabei seien Energieversorger verpflichtet worden, alle Vertragsdaten offenzulegen. Das ULD habe einigen Unternehmen geraten, die Daten nicht herauszugeben. Der Vorgang sei an den europäischen Datenschutzbeauftragten weitergeleitet worden. Er habe ebenfalls festgestellt, dass für statistische Zwecke die Erhebung von Endverbraucherdaten nicht erforderlich sei. Die EU-Kommission habe sich dem gebeugt, die Datenerhebung eingestellt und sich bereit erklärt, die bereits erhobenen personenbezogenen Daten zu löschen. Der schleswig-holsteinische Fall könne vielleicht auch Vorbildcharakter für die Beachtung von Datenschutzvorschriften bei anderen statistischen Erhebungen haben.

Als einen weiteren Punkt nennt Dr. Weichert die Datenerhebung im Bereich der dritten Säule, zum Beispiel den Vertrag von Prühn. Die vom ULD kritisierten Aspekte seien bisher nur Entwürfe, die jedoch nach wie vor diskutiert würden.

Zur Fluggastdaten-Übermittlung führt Dr. Weichert aus, seit dem 1.10.2007 gebe es keine rechtliche Grundlage mehr für die Passagierdatenübermittlung. Die Praxis finde jedoch weiter statt, weil amerikanische Behörden die Landeerlaubnis verweigerten, wenn entsprechende Daten nicht übermittelt würden. Die Verhandlungen seien ins Stocken geraten, es könnte die Notwendigkeit entstehen, zu nationalen Regelungen zu kommen, da die Kompetenzen der Europäischen Union in diesem Bereich sehr eingeschränkt seien.

Ein ähnliches Problem bestehe auch bei internationalen Banktransaktionen. Sämtliche internationale Banktransaktionen liefen über den belgischen Provider Swiss. Dieser Provider speichere einen Paralleldatensatz in den USA, auf dem der CIA seit 2006 wiederholt zugegriffen habe. Neben grundsätzlichen datenschutzrechtlichen Erwägungen spiele auch die Sorge vor Wirtschaftsspionage eine Rolle. Das ULD habe die Tatsache, dass die Daten über die Banken nach Amerika weitergegeben würden, beanstandet, man sehe jedoch ein, dass die Regelungen internationalen Vorgaben folgten und man auf Seiten der hiesigen Banken darauf keine Einflussmöglichkeit habe. Eine Lösung des Problems sei noch nicht absehbar, das ULD habe vorgeschlagen, die Spiegelung der Daten in den USA zu beenden.

Die Europäische Union habe darüber hinaus gegen die Bundesrepublik Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil die Unabhängigkeit der Datenschutzbeauftragten nicht in allen Ländern gleichermaßen gewährleistet sei. In den süddeutschen Ländern sei der Datenschutzbeauftragte teilweise dem Innenministerium angegliedert. Gegebenenfalls müsste die gesetzliche Regelung geändert werden, was auch auf Schleswig-Holstein Auswirkungen haben könne. Man gehe aber davon aus, dass eine formelle Anpassung ausreichen könne.

Abschließend spricht Dr. Weichert die Transparenzrichtlinie der EU an, die dafür sorgen solle, dass alle Subventionsempfänger von EU-Mitteln veröffentlicht werden sollten. Dies betreffe Großbetriebe als auch kleine Agrarbetriebe. Personenbezogene Daten würden auf diese Weise an die breite Öffentlichkeit gelangen. Die Befürchtung des Unabhängigen Landeszentrums liege darin, dass Informationen über existenzielle Leistungen der Öffentlichkeit preisgegeben würden. Dafür bestünde keine Notwendigkeit.

Abg. Fischer schlägt vor, die Transparenzrichtlinie der EU auf die Tagesordnung des Europaausschusses zu setzen. In diesem Zusammenhang interessiert ihn auch, ob es in anderen EU-Mitgliedsländern bereits Debatten über die Transparenzrichtlinie gegeben habe. Dr. Weichert informiert darüber, dass einige EU-Mitgliedsstaaten die Richtlinie bereits umgesetzt hätten. Das Problem bestehe grundsätzlich darin, dass ausnahmslos alle Subventionsempfänger veröffentlicht werden sollten. Es gebe keine einheitliche Position innerhalb der Datenschutzbeauftragten, die als Informationsbeauftragte auch grundsätzlich befürworteten, dass eine Offenlegung von finanziellen Zuwendungen auch zu einer besseren öffentlichen Kontrolle führen könne. Das ULD befürworte die Ziehung einer Grenze, unterhalb der die Namen nicht veröffentlicht würden. Ob dieser Vorschlag in Deutschland jedoch Anklang finde, könne noch nicht gesagt werden.

Dr. Weichert bietet an, eine Stellungnahme, die das ULD für den Innen- und Rechtsausschuss erarbeitet habe, auch dem Europaausschuss zur Verfügung zu stellen. Auf eine Nachfrage des Abg. Matthiessen führt Dr. Weichert aus, konkrete Hinweise auf Wirtschaftsspionage gebe es seit der Übermittlung der Bankdaten nicht, vielmehr gebe es aus den Vereinigten Staaten von Amerika Erfolgsmeldung über Ermittlungserfolge gegen mutmaßliche Terroristen. Es gebe nur eine sehr eingeschränkte Kontrolle darüber, was mit den Daten geschehe. Darüber hinaus für die Kundinnen und Kunden nicht darüber informiert, dass die Daten weitergegeben würden.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz einstimmig zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Hospitation bei der Kaliningrader Gebietsduma

Berichterstatter: Manfred Ritzek (CDU)

Zum Hintergrund seiner Hospitation bei der Kaliningrader Gebietsduma gemeinsam mit Abg. Neugebauer führt Abg. Ritzek aus, es gehe um einen regelmäßigen Austausch von Kollegen. Was bei der Vorbereitung der Reise entscheidend sei, ist die gute Vorbereitung eines Programms. Dies sei in diesem Fall von Herrn Dr. Gehrman sehr gut geleistet worden. Es sei darüber hinaus sehr wichtig, dass man mit dem Kollegen, mit dem man fahre, gut verstehe. Dies sei bei dem Abgeordneten Neugebauer der Fall gewesen.

Die Reise nach Kaliningrad erfordere ein Höchstmaß an Kondition und sei relativ stressreich. Es habe auf der Reise einige Situationen gegeben, bei denen man hätte improvisieren müssen. Seit der Unterzeichnung des Memorandums im Jahr 2000 seien vielfältige Austausche vorgenommen worden.

Auch wenn nicht immer der geplante Gesprächspartner zu Verfügung gestanden habe, sei es nie zu Leerlaufzeiten gekommen. Man habe immer sehr kompetente Gesprächspartner gehabt.

Zum Ablauf führt Abg. Ritzek aus, man sei am Montag von dem stellvertretenden Dumavorstehenden empfangen worden. Anwesend sei auch ein Vertreter der Liberal-Demokratischen Partei – der Zhirinovskij-Partei.- gewesen. Man habe von russischer Seite darauf hingewiesen, dass sich diese kleine Partei von Zeit zu Zeit profilieren müsse und dann ein großes Presseecho finde. Dies dürfe jedoch nicht zu hoch aufgehängt werden.

Die russischen Gesprächspartner hätten auch kein Problem damit, wenn man die Begriffe Königsberg und Kaliningrad gleichzeitig verwendet. Nur eine ausschließliche Nennung des deutschen Namens werde nicht gern gesehen.

Die Neuwahl der Duma zu Beginn dieses Jahres habe die politische Landschaft deutlich verändert. Die Partei Moskaus – Einiges Russland – habe die Mehrheit der Dumasitze und auch den Vorsitz in allen Ausschüssen.

Ein Gespräch mit Dr. Herz habe bestätigt, was schon zu anderen Gelegenheiten gesagt worden sei: Man wolle besonders in Kaliningrad keine Almosen wie zum Beispiel Kleiderspen-

den haben. Wichtiger seien medienwirksame Signale der Kooperation aufgrund des Memorandums. Die Region Kaliningrad sei eine stark wachsende Region, darüber habe er ein falsches Bild gehabt, bevor er dort hin gefahren sei. Es gebe nach wie vor Sorgen um Korruption, Kriminalität und Krankheit, es gebe aber auch deutliche Gegenbeispiele. Man habe zum Beispiel das Planungsrecht dahingehend verbessert, dass die Möglichkeit, auf der Kurischen Nehrung zu bauen, deutlich eingeschränkt worden sei. Kaliningrad sei bewusst von Präsident Putin als Sonderwirtschaftszone in direkter Nachbarschaft zu den Anrainerstaaten Polen und Litauen entwickelt worden. Seit dem Besuch des Ausschusses im Jahr 2001 in Kaliningrad habe sich die Stimmung deutlich verbessert. Dabei gebe es auch noch beträchtliche Unterschiede zwischen der Stadt- und Landbevölkerung. Ein boomender Immobilienmarkt habe dafür gesorgt, dass die Grundstückspreise stark gestiegen seien.

Der deutsche Generalkonsul, Dr. Herz, habe auch bestätigt, dass man die Region in ihren wirtschaftlichen Bemühungen unterstützen solle.

Beim Gespräch mit dem Wirtschaftsminister sei es besonders um die Entwicklung der Landwirtschaft, wobei hier die Veredelung von Rohprodukten im Vordergrund stünde.

Ein Besuch bei dem dpa-Korrespondenten Herrn Plath in Kranz habe die Frage aufkommen lassen, wo die von Kaliningrad angestrebte große Zahl von Touristen untergebracht werden solle.

Im Hanse-Büro habe man sich bei Tatjana Pavlova über deren Arbeit mit der Jugendstiftung informiert, die sehr gut sei.

Abschließend führt er aus, der Wunsch von Kaliningrader Seite bestehe, das Memorandum stärker umzusetzen und die Zusammenarbeit zu vertiefen, zum Beispiel im Rahmen einer kleinen Kieler Woche in Kaliningrad.

Große Problembereiche seien im Bereich der Umwelt, der Landwirtschaft und im Straßenverkehr.

Ziel einer nächsten Reise müsse sein, auch die Situation der Landbevölkerung in Augenschein zu nehmen, es sei eine Reise nach Tilsit und Insterburg geplant.

Abg. Matthiessen regt an, auch auf schleswig-holsteinischer Seite für personelle Kontinuität in der Zusammenarbeit mit der Kaliningrader Gebietsduma zu sorgen.

Abg. Spoorendonk weist auf die Wichtigkeit hin, die Gespräche auf gleicher Augenhöhe stattfinden zu lassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Vertretung des Europaausschusses im DialogForumNorden

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Herbst, trägt zur Arbeit des DialogForumNordens vor.

Abg. Fischer führt aus, er gehörte zu den Gründungsmitgliedern dieses Forums und erklärt sich bereit, die ständige Vertretung des Europaausschusses zu übernehmen, weil er sich seit 15 Jahren intensiv um Minderheitenfragen kümmere.

Bei Enthaltung des Abg. Fischer beschließt der Ausschuss Abg. Fischer als ständigen Vertreter des Europaausschusses in das DialogForumNorden zu entsenden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2007

hierzu: Umdruck 16/1168

Einstimmig nimmt der Ausschuss den Terminplan, Umdruck 16/1168, zustimmend zur Kenntnis.

Abg. Fischer schlägt vor, für das kommende Halbjahr 2007 einen Termin für die gemeinsame Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft ins Auge zu fassen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

AL Musiolek bestätigt auf eine Nachfrage des Abg. Fischer, dass der Bericht Nordseekooperation erst in der 18. Sitzung gegeben werden solle, da der Minister bei der 17. Sitzung aus dienstlichen Gründen verhindert sei.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Herbst, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. N. Herbst
stellvertretender Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin